



Innen- und Rechtsausschuss  
Die Vorsitzende

Kiel, 5. September 2019  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1143  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
[Innenausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:Innenausschuss@landtag.ltsh.de)

## Kurzbericht

über die 63. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 4. September, 15:30 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 15:35 Uhr

**1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Drucksache 19/1427](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde auf die nächste Sitzung (11. September 2019) vertagt.

**2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum  
[Drucksache 19/1521](#)

Der Ausschuss kam überein, die Beratung über den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 11. September 2019 abzuschließen und dem Landtag zum September-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

**3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes - Einführung einer zusätzlichen Altersversorgung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD  
[Drucksache 19/1533](#)

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Drucksache 19/1617](#)

Der Ausschuss beschloss, die bereits durchgeführte Anhörung zu a) auf den nun überwiesenen Gesetzentwurf zu b) auszuweiten. Ferner sollen beide Gesetzentwürfe in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses mit Vertretern des Innenministeriums beraten werden.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Marktüberwachungsverordnungs-Durchführungsgesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein**  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 19/1514](#)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften**  
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Drucksache 19/1519](#)

Der Ausschuss beschloss, die Beratung über den Gesetzentwurf in der Sitzung am 11. September 2019 abzuschließen.

6. **Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern**  
Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 19/980](#)

Der Ausschuss beschloss, bis zum Vorliegen des Votums des mitberatenden Sozialausschusses die Beratung der Vorlage zurückzustellen.

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten in den Gemeinden, Kreisen, Ämtern und Hochschulen**  
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD  
[Drucksache 19/1613](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Dem Geschäftsführer sind die Anzuhörenden bis Mittwoch, den 18. September 2019, anzuzeigen.

8. **Entwurf eines Gesetzes zur Integration und Teilhabe (Integrations- und Teilhabegesetz für Schleswig-Holstein - IntTeilhG)**  
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Drucksache 19/1640](#)

Nach längerer Verfahrensdiskussion beschloss der Ausschuss einstimmig die Durchführung einer schriftlichen Anhörung; die Anzuhörenden sind dem Geschäftsführer bis zum 18. September 2019 anzuzeigen.

Die Landesregierung wird gebeten, dem Ausschuss Unterlagen, die sie im Rahmen des Dialogverfahrens zu einem möglichen Integrationsgesetz gesammelt hat, zur Verfügung zu stellen und ihm hierzu mündlich Bericht zu erstatten.

9. **Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen**  
Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 19/1605](#)

**Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen**  
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Drucksache 19/1664](#)

Der Ausschuss kam überein, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Der Geschäftsführer bittet um Mitteilung der Anzuhörenden bis zum 18. September 2019.

- 10. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern und Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Staatsvertrages**  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 19/1610](#)

Einstimmig beschloss der Ausschuss, die Landesregierung um einen mündlichen Bericht in der Sitzung am 11. September 2019 zu bitten und in dieser Sitzung die Beratung über den Gesetzentwurf abzuschließen.

- 11. Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Dritter Glücksspieländerungsstaatsvertrag - 3. GlüÄndStV)**  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 19/1611](#)

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

- 12. Raumordnungsbericht Zentralörtliches System**  
Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 19/1504](#)

Einstimmig nahm der Ausschuss den Bericht abschließend zur Kenntnis. Er kam überein, in einer weiteren Sitzung mit Innenministerium und kommunalen Landesverbänden zum Zentralörtlichen System zu beraten.

- 13. Verschiedenes**

Zu dem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Schluss: 16:25 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka